

## Griechische Tragödie mit deutscher Wurzel

Wer mit einem Finger auf Griechenland zeigt, deutet mit vieren auf sich selbst zurück

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

FTD, Dezember 2009

Griechenland steht unter Beschuss: Die Zinsen für seine Euro-Staatsanleihen steigen weit über den deutschen Wert, und die Ratingagenturen drohen mit einer Herabstufung der Bonität. Wenn in Deutschland die Rede auf diese jüngste griechische Tragödie kommt, werden fast alle Beobachter selbstgefällig. Man habe ja gewusst, dass es mit einem solchen Land in der Europäischen Währungsunion (EWU) nicht gut gehen könne – zu wenig Disziplin, zu wenig gesellschaftlicher Konsens über die Ziele, die in dieser Gemeinschaft des stabilen Geldes vertreten werden müssen.

Diese Haltung spiegelt ein Denkmuster wider, das man auf internationalem Parkett immer wieder antrifft, wenn Länder in Schwierigkeiten geraten: Wer sich in einer schwierigen Lage befindet und Hilfe benötigt, muss etwas fundamental falsch gemacht haben. Das steht in seltsamem Gegensatz zu unseren zwischenmenschlichen Beziehungen: Wer einen schwerverletzten Menschen auf der Straße findet, schließt ja auch nicht automatisch auf dessen eigene Schuld, sondern hilft erst mal und fragt ihn vielleicht „Wer hat Ihnen das angetan?“.

Der Verletzte auf der Straße kann Opfer oder Täter sein. Es gibt ein Regelwerk, gemäß dem das festgestellt und damit die Schuldfrage geklärt werden kann. Im Dschungel und leider auch in internationalen Beziehungen ist das anders. Wo es kein Gesetz gibt, das Gewalt gegen andere verbietet und mangelnde Sorgfaltspflicht bestraft, ist es von vornherein müßig, nach dem Schuldigen zu fragen.

Griechenland ist zwar Mitglied in einer von Regeln geleiteten Gemeinschaft, der EWU. Nur leider sind die bestehenden Regeln, die Maastrichtkriterien, nicht geeignet, die Schuldfrage bei seiner Verletzung zu klären. Es gibt eine große Diskussion über Verfehlungen beim Haushaltsdefizit. Die wichtigere Frage aber, wie dieses Haushaltsdefizit entstanden ist und wessen Politik dazu beigetragen hat, wird ignoriert. Man weiß zwar, dass Staatsdefizite mit Wirtschaftswachstum zusammenhängen, dass aber Wirtschaftswachstum keine rein nationale Angelegenheit ist, sondern in einer arbeitsteiligen Welt sehr wohl von internationalen Zusammenhängen mitbestimmt wird, bleibt im Falle Griechenlands außen vor.

Stattdessen wird neben dem Haushaltsdefizit das allgemeine griechische Über-die-Verhältnisse-Leben beklagt, das sich in einem dramatischen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit niederschlägt. So schreibt

die Financial Times am 3.12.2009, in Griechenland seien die Lohnstückkosten übermäßig stark gestiegen, während sie in Deutschland seit Beginn der EWU bis heute fast konstant geblieben seien, was die griechische Wirtschaft lange vor der akuten Krise krank aussehen ließ.

Das ist richtig: Nach Daten der EU Kommission sind die Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante der Wettbewerbsfähigkeit in einer Währungsunion, in Griechenland von 1999 bis 2009 um 26 Prozent gestiegen, in Deutschland aber nur um gut acht Prozent. Was aber ist damit gesagt? Entsprechen den Zielvorstellungen der EWU eher konstante Lohnstückkosten oder steigende? Darauf gibt es eine erstaunlich klare Antwort. Die EWU hat nämlich ein Inflationsziel von jährlich leicht unter zwei Prozent. Zu einem solchen Inflationsziel passen zweifellos Lohnstückkostenzuwächse von leicht unter zwei Prozent, sagen wir 1,9 Prozent. Kumuliert man die über zehn Jahre, kommt man nach Adam Riese auf knapp 21 Prozent Zuwachs.

21 Prozent sind also die Norm, an die sich alle hätten halten sollen. Griechenland landet bei 26, Deutschland bei acht; die EWU ohne Deutschland erreicht fast 27 Prozent, die EWU inklusive Deutschlands liegt mit 20,5 genau auf Zielkurs. Wer hat stärker gegen die Regeln des Vertrages verstoßen, derjenige, der fünf Prozentpunkte über seinen Verhältnissen gelebt hat, oder der, der dreizehn Prozentpunkte unter seinen Verhältnissen gelebt hat? Und wie viel Schaden hat der größere "Sünder" dem kleineren zugefügt?

Wie kann man in Brüssel zulassen, dass ein Mitgliedsstaat in der internationalen Presse und bei den Ratingagenturen schlecht gemacht wird, während ein anderer, der weit mehr gegen die gemeinsamen Regeln verstoßen hat, gefeiert wird? Gibt es etwa feststehende Ideologien, die in Frage gestellt würden, wenn man Deutschland tadelte, Griechenland aber lobte? Wenn man endlich offen anprangerte, dass ein Land mit Lohndumping andere Länder ungerechtfertigt in Schwierigkeiten bringt? Wer solche Fragen nicht bald und konsistent beantwortet, wird erleben, dass ihm die gesamte europäische Einigung um die Ohren fliegt.